

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 469/15 vom 16. Oktober 2015

### **Heike Franzen zu TOP 28: SPD, Grüne und SSW blenden die großen Mängel des neuen Lehrkräftebildungsgesetzes aus**

Es gilt das gesprochene Wort  
Sperrfrist Redebeginn

Der Bericht der Ministerin sollte wohl der Versuch sein, sich selbst zu bejubeln und das Lehrkräftebildungsgesetz hochleben zu lassen. Deswegen werden schon in den Spiegelstrichen des Antrages die Probleme ausgeblendet. Der Kollege Vogt hat das gut erkannt und liegt mit seinem Änderungsantrag durchaus richtig.

Wir freuen uns für die CAU, dass sie in der zweiten Bewilligungsrunde erfolgreich war und nun von der Qualitätsoffensive Lehrerbildung der Bundesregierung profitieren kann. Aber wir dürfen nicht verschweigen, dass das auf die Universität in Flensburg leider nicht zutrifft. Und daher ist das auch nicht der Erfolg des Lehrkräftebildungsgesetzes – wenn es nicht sogar der Verhinderer war - sondern der der CAU.

Es ist schön, dass die Schulen und die Studierenden gut mit dem Praxissemester zurechtkommen. Dennoch sind wir nach wie vor der Auffassung, dass es in der Masterphase zu spät kommt. Das Praxissemester soll zur persönlichen Orientierung der Studierenden beitragen und ihnen die Möglichkeit geben, sich mit dem Berufsfeld Schule auseinanderzusetzen. Wenn sie aber erst in der Masterphase merken, dass der Lehrerberuf nichts für

sie ist, dann kommt diese Erkenntnis doch viel zu spät. Deshalb müssen sie diese Erfahrungen bereits im Bachelorstudium machen können.

Einen weiteren Aspekt sollte man auch nicht verschweigen. Studierende im Praxissemester berichteten mir, dass sie in den Schulen gleich ins kalte Wasser geworfen wurden, um die Lücken in der Unterrichtsversorgung zu stopfen. Das kann nicht der Sinn eines Praxissemesters sein.

Zum Thema Inklusion verschweigen Sie, dass 2/3 der Bewerber auf diesen Studiengang abgewiesen werden müssen, da eine weitere Professur für Sonderpädagogik fehlt. Und das vor dem Hintergrund, dass wir ab dem nächsten Jahr nicht mehr genug Studienabgänger haben werden, um die Pensionen auszugleichen. Die Module für Inklusion können keine ausgebildeten Sonderpädagogen und deren Spezialwissen ersetzen. Nach wie vor werden von der Landesregierung keine Anreize geschaffen, um die Lehrkräftesituation in den Mangelfächern zu verbessern. Ich hätte gerne von der Ministerin gehört, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um den Mangel in Chemie, Mathematik, Physik oder Technik zu bekämpfen.

Das Thema Seiteneinstieg ist zwar im Gesetz verankert, wird aber in der Praxis überhaupt nicht mit Leben gefüllt. Gerade jetzt, wo wir mehr Lehrkräfte in den Schulen brauchen, würde ich deutlich mehr Engagement der Landesregierung erwarten. Und wie passen eigentlich die derzeitigen Planungen für die Erhöhung der Arbeitszeiten der Studienleiter mit dem Ziel, angehende Lehrkräfte gut zu qualifizieren, zusammen? Ich höre, dass bereits die ersten darüber nachdenken, nicht mehr als Studienleiter tätig zu sein.

Wenn wir wollen, dass sich junge Menschen für den Lehrerberuf entscheiden, dann müssen wir neben der Besoldung auch die Ausbildung attraktiv gestalten. Denn wir wollen doch, dass sich die besten eines Abiturjahrgangs für diesen Weg entscheiden. Dann müssen die Rahmenbedingungen auch so sein, dass sie die Besten anlocken. Das kann ich aber beim besten Willen nicht erkennen. Und auch die Kürzungen der 475 Referendariatsstellen tragen nicht zur Attraktivitätssteigerung bei.

Ich kann ja verstehen, dass Sie sich gerne selber loben wollen, aber da müssen Sie sich wohl einen anderen Anlass suchen.